



## Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

# Berlin aktuell

## Erster Schritt hin zu soliden Staatsfinanzen

Bundeskabinett beschließt Entwurf des Bundeshaushalts 2011

**Das Bundeskabinett hat in dieser Woche den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011 und den Finanzplan bis zum Jahr 2014 verabschiedet. Demnach werden die Ausgaben des Bundes von 319,5 Milliarden Euro in 2010 über 307,4 Milliarden in 2011 auf 301 Milliarden Euro in 2012 sinken. In 2013 und 2014 werden sie dann auf dem Niveau von 2012, also bei ca. 301 Milliarden Euro, gehalten.**

Fast noch wichtiger ist allerdings, dass die Nettokreditaufnahme deutlich zurückgeführt und sie bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums mehr als halbiert wird. In konkreten Zahlen ausgedrückt bedeutet das: Die Nettokreditaufnahme wird 2011 57,5 Milliarden Euro betragen. 2012 wird sie sich auf 40,1 Milliarden Euro belaufen. Danach sinkt sie auf 31,6 Milliarden Euro im Jahr 2013 und auf 24,1 Milliarden Euro im Jahr 2014.

Heute ist absehbar, dass sich der Haushaltsvollzug 2010 günstiger gestaltet, als die Bundesregierung es noch vor kurzem annehmen musste. Das bedeutet allerdings nicht, dass durch diese positive Entwicklung zusätzlicher Spielraum für Steuerenkungen oder Ausgabenerhöhungen entsteht. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble warnte eindringlich davor, in der sich verstärkenden konjunkturellen Erholung alte Fehler zu wiederholen. Zu oft wurden in der Vergangenheit aufgrund kurzfristiger konjunktureller Mehreinnahmen strukturelle – und damit dauerhaft wirkende – Mehrausgaben beschlossen. Dies führte letztlich im nächsten Abschwung geradewegs in eine noch höhere Verschuldung.

Christlich-liberale Finanzpolitik erschöpft sich nicht darin, dass man in der Krise Schulden macht, um die Konjunktur wieder anzukurbeln. Vielmehr gehört dazu genauso ein Abbau der Schulden in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs. Das dies tatsächlich zum Markenzeichen der Koalition werden kann, zeigt sich gerade in NRW. Das dort geplante rot-grüne Bündnis weitet die Neuverschuldung deutlich aus, um seine Wahlversprechen finanzieren zu können. Dabei zeigen die Entwicklungen in vielen EU-Staaten, dass es zu einer grundlegenden Sanierung der Staatsfinanzen keine Alternative gibt. Daher ist es sinnvoll, auch die Verschuldungspraxis der Bundesländer kritisch zu betrachten. Hierzu wird in der nächsten Woche eine Studie vorgelegt werden.

Es gibt für Deutschland nur einen richtigen Weg: Durch maßvolle Haushaltsdisziplin nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen. Die von der Bundesregierung vorgelegten Vorschläge konzentrieren sich darauf, schwerpunktmäßig auf der Ausgabenseite zu konsolidieren. Damit unterscheidet sich das Sparpaket fundamental von früheren Konsolidierungsbemühungen, bei denen stets die Erhöhung der Einnahmen im Vordergrund stand. Sparen auf der Ausgabenseite birgt deutlich bessere Wachstumsaussichten als Konsolidieren über die Einnahmenseite, z.B. über Steuererhöhungen, weil so die Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum geschaffen werden. Zudem stärkt die Koalition die Wachstumspotenziale für die Zukunft: Investitionen in Bildung und Forschung werden - trotz Konsolidierungsdruck - erhalten bzw. noch ausgebaut.

### **Eckpunkte zur Gesundheitsreform beschlossen**

Die Koalitionsspitzen haben sich in dieser Woche auf Eckpunkte für eine Reform des Gesundheitswesens verständigt. Ziel ist es, unser weltweit beneidetes Gesundheitssystem trotz eines dramatischen demographischen Wandels zu erhalten und allen Bürgern – unabhängig von Einkommen, Alter und Wohnort – zur Verfügung zu stellen. Hierfür ist es notwendig, die Finanzierung der Gesundheitskosten neu zu organisieren. Wir werden deshalb strukturelle Reformen im System durchführen, die zu mehr Wettbewerb, mehr Freiheit für den Einzelnen und weniger Bürokratie führen.

Durch verschiedene Maßnahmen – beispielsweise einer Begrenzung der Verwaltungskosten der Krankenkassen – sollen in den nächsten beiden Jahren 7,5 Mrd. Euro auf der Ausgabenseite eingespart werden. Zudem wird der Krankenversicherungsbeitrag wieder auf das Niveau angehoben, den er vor der Wirtschaftskrise hatte. Damals wurde er im Rahmen des Konjunkturpaktes II befristet bis zum 31.12.2010 abgesenkt, um die Kaufkraft der Bürger zu stärken und die Kosten für die Unternehmen zu senken. Die Mehrkosten wurden aus dem allgemeinen Steueraufkommen beglichen. Da die Krise nun weitgehend überstanden ist, ist es richtig, die staatlichen Interventionen wieder zurückzufahren und die Absenkung nicht weiter zu verlängern.

Darüber hinaus wird das Instrument der Zusatzbeiträge grundlegend umgestaltet. Die Zusatzbeiträge sollen künftig zur Finanzierung der unabdingbar notwendigen Ausgabensteigerungen im Gesundheitssystem dienen. Dabei gibt es einen Finanzausgleich aus Steuermitteln, der eine Überforderung des Einzelnen vermeidet. Steuererhöhungen sind dazu nicht notwendig. Die neuen Zusatzbeiträge werden dazu beitragen, dass die Versicherten Kosten und Leistungen der einzelnen Kassen noch besser miteinander vergleichen und sich dann individuell für eine Kasse entscheiden, die ihren Ansprüchen gerecht wird.

### **Neue Regeln auf dem Arzneimittelmarkt**

Um die Kosten im Gesundheitssystem zu begrenzen, ist auch eine Neuordnung des Arzneimittelmarktes notwendig. Vorgesehen ist u.a., dass die Pharmaunternehmen den Nutzen für neue Arzneimittel konkret nachweisen müssen, ehe die Krankenkassen die Kosten übernehmen.

### **Religionsfreiheit weltweit durchsetzen**

An diesem Donnerstag debattierte der Deutsche Bundestag den Antrag der Koalitionsfraktionen „Religionsfreiheit weltweit schützen“. In mehr als 64 Ländern der Welt, in denen nahezu 70 Prozent der Weltbevölkerung leben, ist die Religionsfreiheit, die ein grundlegendes Menschenrecht bildet, mindestens stark eingeschränkt. Besonders stark betroffen ist das Christentum mit rund 200 Millionen verfolgten Gläubigen. Die christlich-liberale Koalition sorgt mit diesem Antrag dafür, dass das Thema der Religionsfreiheit und die weltweite Situation bedrängter Christen endlich aus ihrem Schattendasein heraus an die breite Öffentlichkeit kommen. Religionsfreiheit ist ein fundamentales Menschenrecht, das für alle Menschen, unabhängig davon, wo sie leben oder welcher Religion sie angehören, gelten muss. Daher werden sich CDU und CSU selbstverständlich nicht nur dafür einsetzen, dass niemand wegen seines Glaubens tötlich verfolgt werden darf. Es darf aber darüber hinaus auch nicht sein, dass Menschen ihr Recht auf Religionsfreiheit nicht leben dürfen, also ihren Glauben nicht offen bekennen können. In diesem Zusammenhang ist auch daran zu erinnern, dass sich die Situation der Christen im EU-Beitrittskandidat Türkei noch immer nicht grundlegend verbessert hat. Im Herbst wird der Europaausschuss des Bundestages erneut in die Türkei reisen, um Gespräche über die Fortschritte bei den Beitrittsverhandlungen. Dabei wird die Situation der Christen eine große Rolle spielen.

### **Stiftungsrat gewählt**

Mit der Wahl der Stiftungsratsmitglieder der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ist die Novellierung des Stiftungsgesetzes noch vor der parlamentarischen Sommerpause erfolgreich abgeschlossen. Die jetzt vorgenommene Neuerung, dass die Mitglieder des Stiftungsrates nicht mehr durch die Bundesregierung bestellt, sondern vom Deutschen Bundestag gewählt werden, erhöht die demokratische Legitimation des Stiftungsrates und objektiviert den Berufungsprozess. Zudem wurde die Anzahl der Plätze, die vom Bund der Vertriebenen benannt werden konnte, von drei auf sechs erhöht. So können die Herkunftsgebiete der deutschen Heimatvertriebenen deutlich besser repräsentiert werden.